

HESSISCHER JUGENDRING



Arbeitsgemeinschaft hessischer Jugendverbände

Postionspapier
des Vorstandes des
Hessischen Jugendrings

zur

Kinder- und Jugendarmut

Juli 2009

Hessischer Jugendring
Schiersteiner Straße 31-33
65187 Wiesbaden

Positionspapier `Kinder- und Jugendarmut`

Arm in einem reichen Land

Deutschland ist ein reiches Land, aber ein immer größerer Teil der Bevölkerung ist arm oder von Armut bedroht. Dabei spricht man mittlerweile von einer „Infantilisierung der Armut“ (Richard Hauser), weil junge Menschen heute die am häufigsten und stärksten von Armut bedrohte Altersgruppe bilden. Nach dem letzten Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung 2008 sind insgesamt 3.Mio. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von Armut betroffen.

Ursachen der Armut

Die Ursachen für Verarmung liegen u. a. in den Veränderungen der Arbeitsverhältnisse und der Sozialversicherung. Sowohl der Niedriglohnsektor als auch prekäre Beschäftigungsverhältnisse (Teilzeit und Leiharbeit) weiten sich aus und die Umstellung im Zuge der sog. Hartz-Reformen (Grundsicherung für Arbeitssuchende) haben zu einer Verschärfung der Armutssituation in Deutschland geführt. Der Regelsatz nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) beträgt seit dem 1. Juli 2009 für Kinder und Jugendliche von 6 bis 13 Jahre 251,00 Euro. Diese Anhebung ist grundsätzlich zu begrüßen, in ihrer Höhe jedoch nicht ausreichend, denn die Kosten für Schulförderung, Schulbücher und Schulessen werden in den Regelsätzen unzulänglich berücksichtigt.

Eine weitere Ursache ist das Steuerrecht, das nur völlig unzulänglich auf die aktuellen Familiensituationen eingeht. Neben der traditionellen Familie, verheiratete Eheleute mit Kindern, gibt es zunehmend andere Formen des Zusammenlebens von Erwachsenen mit Kindern, wie Alleinerziehende, nicht eheliche Lebensgemeinschaften oder gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, die im Steuerrecht aber nicht bedacht sind und dadurch benachteiligt werden (Beispiel Ehegattensplitting).

Wer ist arm?

Als arm gelten Personen und Familien, die nach der Definition der Europäischen Kommission über so geringe (materielle, soziale und kulturelle) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die als Minimal-Standard im jeweiligen Mitgliedsland angenommen werden.

Nach der Definition der relativen Einkommensarmut, die auch im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung benutzt wird, gilt als arm, wer über ein bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen von weniger als 60% des gesellschaftlichen Durchschnitts verfügt und somit von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen ist. Teilweise wird Armut auch am Bezug von öffentlichen Transfers festgemacht wonach jeder, der das Arbeitslosengeld II (ALG II) erhält als arm gilt.

Das größte Armutsrisiko tragen Alleinerziehende mit Kind/-ern, kinderreiche Familien, Haushalte mit Migrationshintergrund und ältere Menschen.

Kinder- und Jugendarmut

Trotz unterschiedlicher Definitionsansätze und daraus resultierender unterschiedlicher Zahlen der in Armut lebenden Kinder und Jugendlichen, lässt sich der drastische Anstieg der in Armut lebenden jungen Menschen nicht verbergen.

Aber die Armutsdefinition von Kindern und Jugendlichen darf sich dabei nicht allein auf den Erwerbsstatus ihrer Eltern und das Familieneinkommen beziehen.

Die Definition muss auch Aussagen zu den Entwicklungs- und Teilhabechancen der betroffenen Jugendlichen herstellen.

So beinhaltet Armut nicht nur einen monetär-materiellen Aspekt wie Mangel an Kleidung, Lehrmitteln und gesunde Ernährung, sondern auch soziokulturelle Folgewirkungen wie Mangel an sozialen Kontakten und Freizeitmöglichkeiten, Defizite im kulturellen Bereich und geringere Bildungschancen.

Für die betroffenen Kinder bedeutet Armut Ausgrenzung aufgrund von eingeschränkten Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlich-kulturellen Leben. Durch die soziale Schieflage und die Weitergabe der schlechten Bildungschancen verfestigt sich die Armut über Generationen hinaus.

Die Jugendverbände in Hessen wollen diese Situation nicht länger hinnehmen und u. a. mit unseren Forderungen für bessere Rahmenbedingungen sorgen. Unsere Aufgabe ist es die Interessen und Belange von Kinder und Jugendlichen zu vertreten und ihnen eine öffentliche Stimme zu verleihen. Allein deshalb ist es unsere Pflicht die Aufmerksamkeit auf die wachsende Armut zu lenken und uns für bessere Lebensvoraussetzungen stark zu machen.

Der HJR fordert alle Verantwortlichen dringend zum Handeln auf. Aus Sicht der Kinder- und Jugendverbände in Hessen besteht die Notwendigkeit umfassender sozialpolitischer Veränderungen, welche wir mit diesem Positionspapier fordern.

Forderungen

- Für Menschen, die keine Arbeit haben oder von ihrer Arbeit nicht leben können, benötigen wir Sozialeleistungen, die Armut verhindern und zur Erhöhung der gesellschaftlichen Teilhabe beitragen – ohne Veränderungen der materiellen Grundsicherung kann Armut in Deutschland nicht wirksam bekämpft werden.
- Um die vorhandene Arbeit gerechter aufzuteilen und zugleich zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beizutragen, muss eine weitreichende Arbeitszeitverkürzung vollzogen werden.
- Der Ausbau von Ganztagsangeboten (Krippen, Ganztagschule, ...) und eine Verbesserung der Betreuungsschlüssel ist dringend notwendig, um vor allem Alleinerziehenden eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten und benachteiligten Kinder und Jugendlichen eine weitere Bildungsmöglichkeit zu bieten.

- Der Anteil an Bildungsaufwendungen bei Hartz IV-Regelsätzen für Kinder deckt den Bedarf nicht ausreichend ab – eine Erhöhung dessen und eine Übernahme genereller Kosten (Ausgaben für Bildung, Kosten für Essen an Bildungseinrichtungen, Fahrtkosten zur Schule bzw. Ausbildungsstelle) ist deshalb dringend notwendig.
- Das derzeitige Schulsystem diskriminiert und selektiert sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, so dass deren Bildungsweg kaum Möglichkeiten zur Veränderung und passenden Qualifikation zulässt. Aus dem Grund ist zum einen der Ausbau eines integrativen und flexiblen Schulsystems und zum anderen ein gebührenfreier Zugang zu Bildungs- (von der Kita bis zur 'Hochschule), Freizeit-, Kultureinrichtungen und Kulturangeboten wichtig.
- Die Träger Jugendarbeit tragen einen wichtigen Teil zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut bei. Damit das Angebot und die Teilnahme an Maßnahmen gewährleistet und erweitert werden kann, bedarf es einer besseren Ausstattung und öffentlichen Förderung.
- Für eine effektivere Unterstützung benachteiligter junger Menschen sollten diese in erreichbarer Nähe und im eigenen Lebensraum greifbar sein und auf Grund dessen sollten (kostenlose und niedrigschwellige) Freizeit- und Bildungsangebote im sozialen Nahraum angeboten werden.
- In Anlehnung an den 13. Kinder- und Jugendbericht bedarf es einer stärkeren Verankerungen von Gesundheitserziehung und Ernährungsberatung in Bildungseinrichtungen
- Vielen Kindern und Jugendlichen, die in Armut leben, bleiben Urlaub und Erholung außerhalb der alltäglichen Strukturen und damit wichtige Erlebnisse auf dem Weg zum Erwachsenwerden verwehrt. Eine Förderung von pädagogisch betreuten Ferienmaßnahmen von Seiten der Kommunen und des Landes ist deshalb unabdingbar.
- Gerade in Bezug auf Armut in Deutschland wird eine noch größere politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit benötigt. Dazu sind öffentlichwirksame Aktionen, Veranstaltungen und Maßnahmen erforderlich, die sowohl die politische als auch die institutionelle Ebene ansprechen.

Forderungen an die Verbände

- Wir Jugendverbände in Hessen nehmen diese Situation nicht länger hin.
- Wir geben im Interesse von Kindern und Jugendlichen ihnen eine öffentliche Stimme.
- Wir lenken die Aufmerksamkeit auf die wachsende Armut und machen uns für bessere Lebensvoraussetzungen stark.
- Wir fordern alle Verantwortlichen dringend zum Handeln für sozialpolitische Veränderungen auf.

Kinder und Jugendliche müssen als Basis für eine demokratische Gesellschaft der Gegenwart und der Zukunft in den Blick genommen werden. Grundlage aller Lösungsansätze ist dabei ein stärkeres Bewusstsein aller Verantwortlichen für die Kinder

und Jugendlichen und die Bereitschaft zu einem Dialog. Statt Diskussionen über kurzfristige Maßnahmen und unpassende Ideen wie die Verschärfung des Jugendstrafrechts sollte in die Bildung investiert werden, denn nur das garantiert einen langfristigen Schutz vor der Verarmung.